

# Die Forschung ist frei, aber...

Eine Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Freiheit an den Universitäten

**| THOMAS PETERSEN | Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Wissenschaft in Deutschland. Aber wie sieht das konkret im Alltag aus? Viele Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen beklagen eine zunehmende Bürokratie und hohe Lehrverpflichtungen, die sie in ihrer Forschungsfreiheit einschränken. Auch den hohen Publikationsdruck und Political Correctness betrachten Professorinnen und Professoren mit Sorge.**

Im Oktober 2019 sollte der frühere Bundesinnenminister Thomas de Maizière an der Universität Göttingen einen Vortrag halten. Als er am Veranstaltungsort eintraf, wurde der Eingang zum Saal von Demonstranten blockiert, die jedes Gespräch mit den Organisatoren und der Polizei ablehnten. Die Lesung wurde abgesagt und erst einen Monat später unter verschärften Sicherheitsvorkehrungen nachgeholt: Der Vertreter einer unzweifelhaft demokratischen Partei konnte an einer Universität, die in früheren Jahren die akademische Heimat von vierzehn Nobelpreisträgern war, nur unter Polizeischutz auftreten.

Rund ein Jahrzehnt vorher, im Frühjahr 2009, legte der Mainzer Theologe Marius Reiser seine Professur nieder. Die Universitäten, so sagte er dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, würden abgeschafft. Früher seien sie der Bildung verpflichtet gewesen, nun seien sie abhängig von den Vorgaben

der Wirtschaft. Es gehe nicht mehr um Bildung, sondern nur noch um Ausbildung: „Der Student kann nicht mehr selbst wählen, welche Schwerpunkte er im Studium setzen will, sondern er bekommt, wie in der Schule, alle Inhalte haarklein vorgeschrieben und in einen engen Stundenplan gepresst. Das ist das Ende der akademischen Freiheit. Daran will ich mich nicht beteiligen.“

»Aus Sicht der Dozenten steht es um die Wissenschaftsfreiheit besser als man vermuten könnte.«

Den Professoren bliebe in einem solchen System kaum noch Zeit für gründliche Forschung.

Zwei vollkommen unterschiedliche Vorgänge, doch sie haben eines gemeinsam: Sie lassen die Frage aufkommen, wie es um die Freiheit an deutschen Universitäten bestellt ist. Inwieweit werden diese dem Ideal eines Ortes gerecht, an dem Wissenschaftler in enger Verzahnung von Forschung und Lehre und mit eigener Themen- und Methodenwahl Neues ergründen, und inwieweit wird umgekehrt die Freiheit der Forschung und Lehre durch Bürokratie, inhaltliche Vorgaben durch Dritte, finanzielle Zwänge und ein Klima der Intoleranz beeinträchtigt? Diesen Fragen ist das Institut für Demoskopie Allensbach zur Jahreswende mit einer Online-Umfrage unter rund 1100 Universitätsprofessoren, Privatdozenten

und wissenschaftlichen Mitarbeitern nachgegangen. Auftraggeber der Untersuchung waren der Deutsche Hochschulverband und die Konrad-Adenauer-Stiftung. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass es aus Sicht der Dozenten besser um die Wissenschaftsfreiheit steht, als man angesichts der oben erwähnten Ereignisse vermuten könnte, sie im Alltag aber doch durch eine Vielzahl teils erheblicher Probleme beschränkt wird.

In einer Frage wurden die Hochschullehrer gebeten anzugeben, wie sie die Wissenschaftsfreiheit in verschiedenen Ländern einschätzen, ob es ihrer Ansicht nach dort sehr viel, viel, wenig

oder gar keine Wissenschaftsfreiheit gebe. Daraufhin sagten 39 Prozent, es gebe in Deutschland sehr viel Wissenschaftsfreiheit, weitere 54 Prozent wählten die

Antwortmöglichkeit „viel Wissenschaftsfreiheit“. Der Schweiz, Dänemark, Norwegen und den Niederlanden schrieben die Befragten noch etwas häufiger sehr viel oder viel Wissenschaftsfreiheit zu als Deutschland, Frankreich, Österreich, Großbritannien und den USA etwas weniger, doch die Unterschiede sind nicht sehr groß. Deutlich weniger Wissenschaftsfreiheit gibt es nach Ansicht der deutschen Hochschullehrer dagegen in Polen: Nur fünf Prozent glaubten, es gebe dort sehr viel Wissenschaftsfreiheit. Fast die Hälfte, 47 Prozent, glaubten dagegen, in Polen gebe es nur wenig oder gar keine Wissenschaftsfreiheit. Am Ende der Rangliste steht China, dem 89 Prozent wenig oder gar keine Wissenschaftsfreiheit zuschrieben.

Auch die eigene Situation wird überwiegend positiv beurteilt. In einer anderen Frage wurde mit Hilfe einer

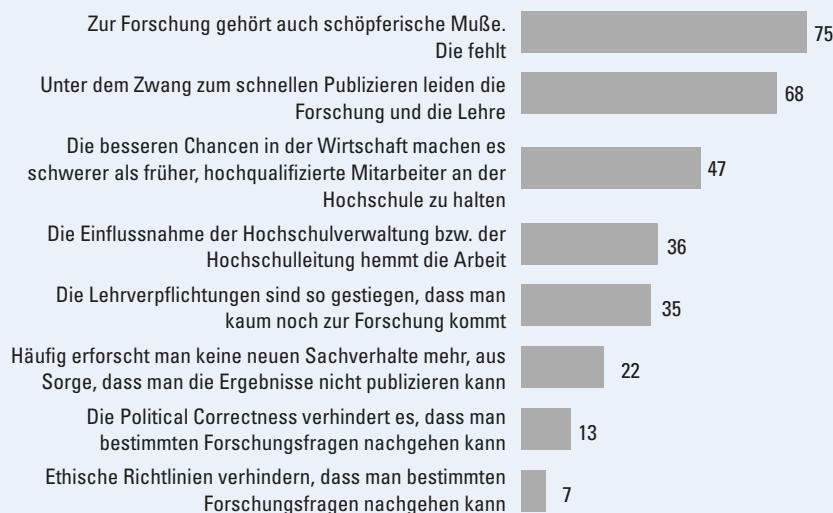
## AUTOR



Privatdozent Dr. **Thomas Petersen** ist Projektleiter beim Institut für Demoskopie Allensbach.

### Grafik 1 Hemmnisse

Frage: „Es gibt in der heutigen Situation der Hochschulen vielerlei Hemmnisse, die die Forschung erschweren können. Im Folgenden stehen verschiedene Aussagen von Hochschulwissenschaftlern. Was davon trifft auch auf Ihre Situation bzw. Ihre Hochschule zu?“  
– Hochschullehrer insgesamt, Angaben in Prozent –



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 8221

Skala von 1 bis 10 noch etwas genauer nach der Wissenschaftsfreiheit in Deutschland gefragt, wobei 1 bedeutete, die Wissenschaftsfreiheit sei sehr eingeschränkt, und 10, die Wissenschaft sei in Deutschland sehr frei. Mehr als drei Viertel der Hochschullehrer, 77 Prozent, wählten daraufhin eine der Stufen 7 bis 10. Danach wurden die Befragten gebeten, anhand derselben Skala die Lage an der eigenen Hochschule einzuschätzen. Hier entschieden sich ebenfalls 77 Prozent für die Stufen 7 bis 10, wobei sogar noch etwas öfter als bei der Frage nach Deutschland allgemein die höchste Position 10 ausgewählt wurde (15 gegenüber zehn Prozent).

Nun garantiert allgemeine Wissenschaftsfreiheit alleine noch nicht ungehinderte Forschung, und tatsächlich lassen die Umfrageergebnisse eine Vielzahl von Problemen sichtbar werden, die den Forschungsalltag erschweren. Bei einer Frage wurden den Befragten acht verschiedene Punkte vorgeführt, die die Forschung im Alltag behindern können. Die Befragten wurden gebeten, alle Punkte anzuklicken, die auch auf ihre Situation zutreffen. Daraufhin wählten 75 Prozent den Punkt „Zur Forschung gehört auch schöpferische Muße. Die fehlt“ aus, 68 Prozent die Aussage „Unter dem Zwang zum schnellen Publizieren leiden die Forschung und die Lehre“. Auch der Fachkräftemangel wirkt sich anscheinend

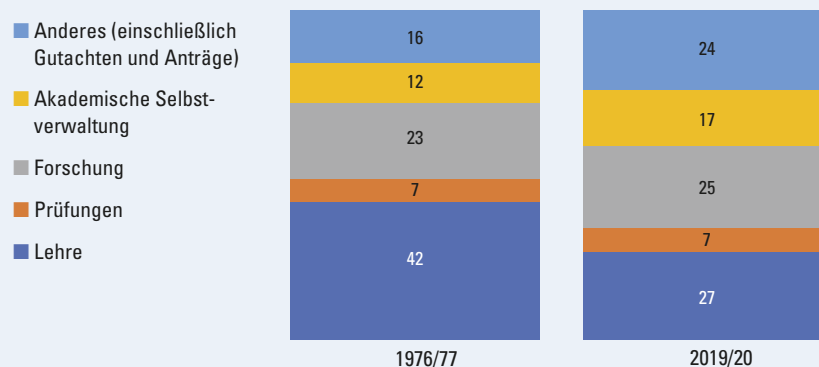
zumindest indirekt auf die Universitäten aus: Immerhin fast jeder zweite Befragte sagte, die besseren Chancen in der Wirtschaft machten es schwerer als früher, hochqualifizierte Mitarbeiter an der Hochschule zu halten (Grafik 1), Natur- und Sozialwissenschaftler sowie Mediziner wählten sogar mit Mehrheiten zwischen 52 und 56 Prozent diesen Punkt aus. Lediglich unter den Geisteswissenschaftlern waren es mit 24 Prozent deutlich weniger. Als vor rund vier Jahrzehnten, im Jahr 1977, schon einmal

eine ähnliche Frage bei einer Hochschullehrerumfrage gestellt wurde, machten nur 33 Prozent der damals Befragten diese Angabe.

Ein besonderes Hindernis für die Forschung scheint heute der bürokratische Aufwand an den Universitäten zu sein. Dies wird an mehreren Stellen in der Umfrage deutlich, am eindrucksvollsten vielleicht an den Resultaten einer Frage zur Zeiteinteilung im Beruf. Die Befragten wurden gebeten, anzugeben, wie viel Prozent ihrer Arbeitszeit sie für verschiedene Tätigkeiten aufwenden. Auch diese Frage war bereits 1977 im Rahmen der damals durchgeführten Hochschullehrerumfrage gestellt worden. Vergleicht man die damaligen Ergebnisse mit den aktuellen, erkennt man, wie sehr sich der Verwaltungsaufwand seitdem erhöht hat. Gerade noch etwas mehr als die Hälfte ihrer Arbeitszeit, 52 Prozent, verbringen die Hochschullehrer heute mit Forschung und Lehre. Rechnet man die Prüfungen hinzu, kommt man auf 59 Prozent. Die übrige Zeit wird für die akademische Selbstverwaltung, Gutachten und Anträge sowie sonstige Tätigkeiten benötigt. Vor rund vier Jahrzehnten waren dagegen noch 72 Prozent der Arbeitszeit der Professoren auf Forschung, Lehre und Prüfungen entfallen. Der gestiegene Aufwand für die Verwaltung geht allerdings, jedenfalls bemessen nach der hierfür aufgewendeten Zeit, nicht auf Kosten der Forschung, sondern auf Kosten der Lehre. Während 1977 42 Prozent der Arbeitszeit hierfür aufgewendet wurden, sind es aktuell gerade

### Grafik 2 Zeiteinteilung: Weniger Lehre, mehr Bürokratie

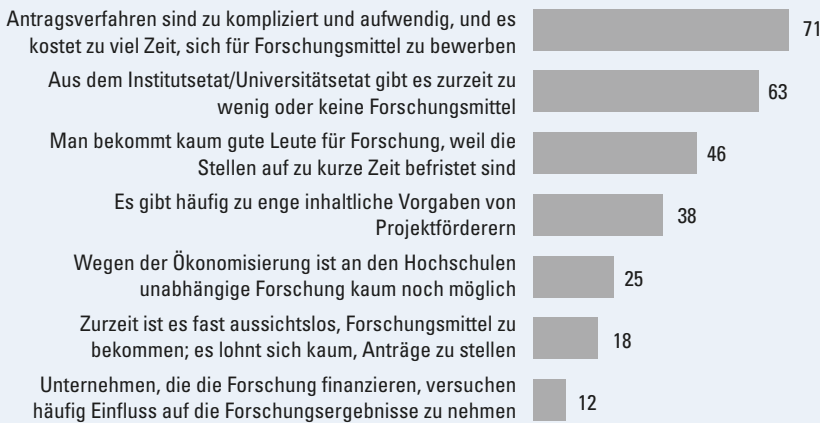
Frage: „Wenn Sie einmal an die Zeit, die Sie während des Semesters insgesamt für die Tätigkeiten aufwenden, die hier auf der Liste stehen, gleich 100 Prozent setzen: Wie viel Prozent beträgt der Anteil für jede dieser Tätigkeiten?“ – Professoren, Prozentanteile an allen Angaben –



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen Nr. 1264, 8221

### Grafik 3 Finanzielle Hemmnisse

Frage: „Neben diesen (in der Frage zu Grafik 1 abgefragten) Punkten gibt es auch finanzielle Hemmnisse, die die Forschung erschweren können. Was davon trifft auch auf Ihre Situation zu?“ – Hochschullehrer insgesamt, Angaben in Prozent –



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 8221

noch 27 Prozent. Damit hat just jener Teil der Professorentätigkeit, der bei den Hochschulreformen der letzten Jahrzehnte besonders im Blickpunkt stand, vermutlich unter anderem durch eben diese Reformen besonders gelitten (Grafik 2).

Neben den Hemmnissen im Forschungsalltag wurde in der vorliegenden Umfrage mit einer gesonderten Frage auch nach den Forschungshindernissen gefragt, die mit der Finanzierung von Forschungsprojekten verknüpft sind. Hier sticht das Thema Bürokratie in den Antworten besonders hervor: An erster Stelle in der Rangliste der am häufigsten genannten finanziellen Hemmnisse stand die Aussage „Antragsverfahren sind zu kompliziert und aufwendig, und es kostet zu viel Zeit, sich für Forschungsmittel zu bewerben.“ 71 Prozent der Befragten wählten diesen Punkt aus. An zweiter Stelle folgte, genannt von 63 Prozent, die Aussage „Aus dem Institutsetat/Universitätsetat gibt es zurzeit zu wenig oder keine Forschungsmittel.“ Beide Punkte hängen inhaltlich zusammen: Weil fast zwei Dritteln der Hochschullehrer die Forschungsmittel nicht ausreichen, sind sie auf das Einwerben von Drittmitteln angewiesen. Dieses wiederum erweist sich oft als äußerst aufwendig und zeitraubend. So ist es nicht überraschend, dass auf die Frage „Finden Sie, dass Sie an Ihrem Institut zu stark von Drittmitteln

abhängig sind, oder finden Sie das nicht?“ eine Mehrheit von 55 Prozent der befragten Hochschullehrer antwortete, sie seien zu stark von Drittmitteln abhängig. Hinzu kommt, dass für nicht wenige die Beteiligung an Ausschreibungen und das Schreiben von Anträgen frustrierend endet: Immerhin 18 Prozent der Hochschullehrer sagten in der Umfrage, es sei zurzeit fast aussichtslos, Forschungsmittel zu bekommen, und es lohne sich kaum, Anträge zu stellen (Grafik 3). Von den Geisteswissenschaftlern machten sogar 28 Prozent diese Angabe. Folgerichtig sind

#### »Immerhin 18 Prozent der Hochschullehrer sagten, es sei zurzeit aussichtslos, Forschungsmittel zu bekommen.«

diese auch am skeptischsten gegenüber der verbreiteten Praxis, Forschungsmittel über Ausschreibungen zu vergeben. Auf die Frage, ob sie dieses Vorgehen gut fänden, weil dadurch die besten Forscher den Zuschlag bekommen, oder schlecht, weil Forscher viel Zeit für den Wettbewerb bzw. die Ausschreibung aufwenden und am Ende leer ausgehen, antwortete eine knappe Mehrheit von 33 zu 28 Prozent der Befragten insgesamt, sie fänden das Verfahren gut. Von den Naturwissenschaftlern machten sogar 39 Prozent diese Angabe, während sich nur 24 Prozent gegen solche Ausschreibungen aussprachen.

Geisteswissenschaftler lehnten sie dagegen mit 36 zu 21 Prozent ab.

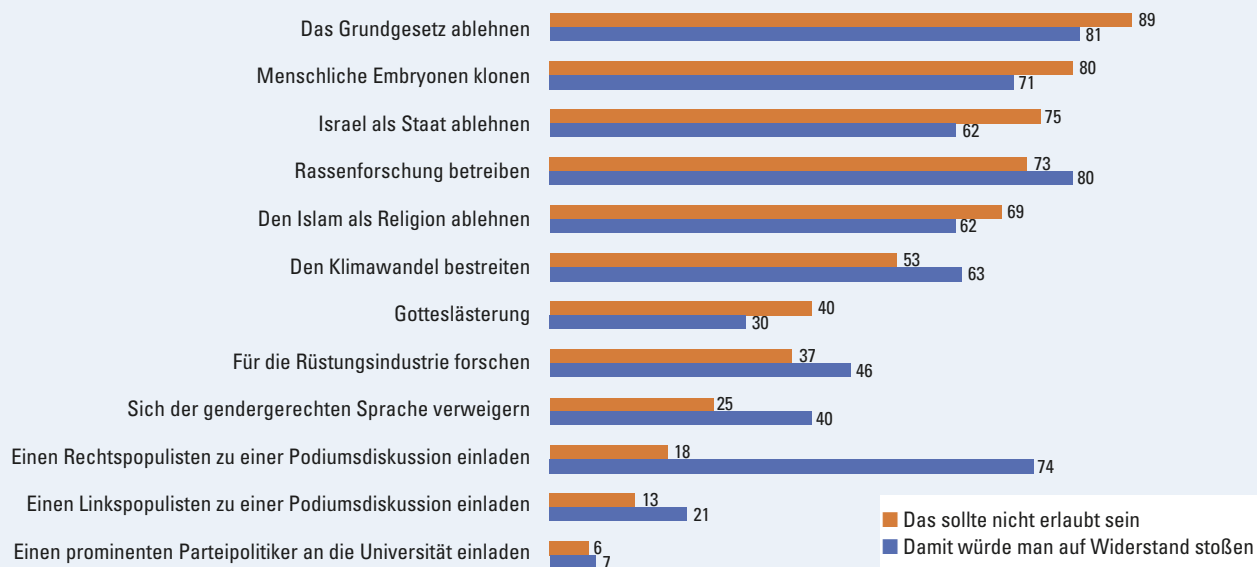
Angesichts der Mittelknappheit kooperieren heute viele Hochschullehrer bei Forschungsprojekten mit der privaten Wirtschaft. Vier von zehn Hochschullehrern sagten in der Umfrage, dass sie schon einmal im Rahmen eines Forschungsprojektes mit einem Unternehmen zusammengearbeitet hätten. Unter den Medizinerinnen waren es mit 64 Prozent sogar zwei Drittel. In den meisten Fällen scheinen diese Kooperationen der Forschungsfreiheit nicht zu schaden, doch eine nicht ganz kleine Minderheit von immerhin 27 Prozent derer, die schon einmal von Unternehmen mitfinanzierte Studien betrieben haben, gaben zu Protokoll, sie hätten sich dabei in ihrer Forschung eingeschränkt gefühlt. So gewinnt man den Eindruck, dass die privat finanzierte oder mitfinanzierte Forschung, so notwendig und nützlich sie in vielen Fällen auch sein mag, eine auskömmliche Grundfinanzierung für unabhängige Forschung nicht ersetzen kann.

Ein weiteres, in der Öffentlichkeit in jüngerer Zeit intensiv diskutiertes Hindernis für die Forschung, ein angeblich von Intoleranz geprägtes geistiges Klima an den Universitäten, scheint alles in allem im Alltag ein weniger starkes Problem zu sein, als der eingangs beschriebene in den Medien intensiv diskutierte Fall und ähnliche Vorkommnisse in jüngerer Zeit an der Universität Hamburg vermuten lassen. Lediglich 13 Prozent der befragten Hochschullehrer beklagten, dass es die Political Correctness verhindere, dass man bestimmten Forschungsfragen nachgehen könne. Im Detail befürworteten allerdings nicht wenige selbst

durchaus recht strikte Verhaltens- und Sprachregeln: So sagten 53 Prozent, es sollte an einer Universität nicht erlaubt sein, den Klimawandel zu bestreiten, 37 Prozent sagten das gleiche über Rüstungsforschung und immerhin 25 Prozent meinten, es sollte nicht erlaubt sein, sich der gendergerechten Sprache zu verweigern, beispielsweise dadurch, dass man von „Studenten“ statt „Studierenden“ spricht. Aus aktuellem Anlass von besonderem Interesse ist, dass im Gegensatz dazu 90 Prozent der Befragten meinten, es müsse erlaubt sein, einen prominenten Parteipolitiker an die Universität einzuladen.

#### Grafik 4 Tatsächliche und gefühlte Intoleranz an Universitäten

Fragen: „Man kann ja unterschiedlicher Ansicht sein, was an einer Universität erlaubt sein sollte und was nicht. Wie sehen Sie das für die folgenden Punkte, was davon sollte an einer Universität erlaubt sein und was nicht?“ „Mit welchen dieser Verhaltensweisen würde man an einer Universität auf erheblichen Widerstand stoßen, egal, ob von den Studierenden oder von der Universitätsleitung?“



Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage Nr. 8221

Besonders interessant ist es, die Angaben der Befragten, was ihrer Meinung nach an der Hochschule erlaubt sein sollte und was nicht, zu kontrastieren mit den Antworten auf die Frage, mit welchen Verhaltensweisen man an einer Universität auf erheblichen Widerstand stoßen würde, „egal, ob von den Studierenden oder der Universitätsleitung“. Zu beiden Fragen wurde die gleiche Liste mit 12 Punkten zur Auswahl vorgelegt. In vielen Fällen stimmten die Antworten zu beiden Fragen überein. So sagten 89 Prozent der Hochschullehrer, es sollte an der Universität nicht erlaubt sein, das Grundgesetz abzulehnen, und ungefähr ebenso viele, 81 Prozent, meinten, man bekäme an der Universität Probleme, wenn man dies täte. Am anderen Ende der Skala sagten gerade sechs Prozent, es sollte nicht erlaubt sein, einen prominenten Parteipolitiker an die Universität einzuladen, und auch nur sieben Prozent erwarteten erheblichen Widerstand, wenn jemand an der Universität versuchen würde, dies zu tun. Aber es gibt auch Punkte, bei denen die gefühlte und die tatsächliche Intoleranz an der Universität auffallend auseinanderfallen. So stehen den erwähnten 25 Prozent, die sagten, es sollte nicht erlaubt sein, sich der gendergerechten Sprache zu verweigern,

immerhin 40 Prozent gegenüber, die vermuteten, ein solches Verhalten würde Probleme nach sich ziehen. Noch wesentlich deutlicher ist der Abstand zwischen der Zahl derer, die es für unzulässig hielten, einen Rechtspopulisten zu einer Podiumsdiskussion an der Universität einzuladen (18 Prozent) und dem Anteil derjenigen, die sagten, damit würde man auf erheblichen Widerstand stoßen (74 Prozent). Eine solche Diskrepanz zwischen gefühlter und tatsächlicher Intoleranz gibt es bei dem Punkt „Einen Linkspopulisten zu einer Podiumsdiskussion einladen“ nicht (Grafik 4), was ein aufschlussreiches Schlaglicht auf die politische Atmosphäre zumindest an einem Teil der Universitäten wirft.

Auch die Antworten auf die pauschal formulierten Fragen „Fühlen Sie sich in Ihrer Forschung“ bzw. „Fühlen Sie sich in Ihrer Lehre durch formelle oder informelle Vorgaben zur Political Correctness stark eingeschränkt, etwas eingeschränkt oder gar nicht eingeschränkt?“ zeigen, dass dieser Punkt nicht zu den größten Hindernissen im Forschungsalltag gehört, aber auch nicht ganz zu vernachlässigen ist. Jeweils ein knappes Drittel der Befragten sagte, sie fühlten sich in der Forschung (30 Prozent) und in der Lehre (31 Pro-

zent) stark oder zumindest etwas eingeschränkt, wobei Geisteswissenschaftler etwas überdurchschnittlich oft Einschränkungen in der Lehre (36 Prozent) beklagen, Mediziner dagegen auffallend häufig Behinderungen in der Forschung (40 Prozent). Letztere stimmten auch zu immerhin 18 Prozent und damit nicht ganz selten der Aussage „Ethische Richtlinien verhindern, dass man bestimmten Forschungsfragen nachgehen kann“ zu, ein Punkt, der von anderen Wissenschaftlern kaum genannt wurde. Hier werden die spezifischen ethischen Konflikte sichtbar, die vermutlich unvermeidlich mit dem Forschungsgebiet der Medizin verknüpft sind, man denke nur an Bereiche wie die Stammzellenforschung oder medizinische Feldversuche.

Alles in allem lassen die Umfrageergebnisse den Schluss zu, dass es um die Forschungsfreiheit und das geistige Klima an den Universitäten nicht schlecht bestellt ist. Doch es wird auch eine Reihe von Faktoren sichtbar, die diese in Zukunft stärker bedrohen könnten. Dabei ist die Bürokratie vermutlich das mit Abstand größte Problem, weit vor Finanzierungsschwierigkeiten und dem geistigen Klima.